

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 244.

Donnerstag, den 17. Oktober 1918.

25. Jahrg.

Die neue Note Wilsons.

Die neue Note Wilsons zur Erwiderung auf die deutsche Note vom 12. Oktober ist als eine Fortsetzung der Verhandlungen zu betrachten über die Bedingungen, unter denen die Verbündeten in einen Waffenstillstand mit Deutschland einwilligen wollen.

Die neue Note kündigt zunächst an, daß die Gegner absolute und befriedigende Garantien für die Aufrechterhaltung ihrer militärischen Ueberlegenheit während des Waffenstillstandes verlangen werden. Ueber diese Garantien zu unterhandeln, würde die Aufgabe der gemischten militärischen Kommission sein, deren Einsetzung Deutschland beantragt hat. Die Verhandlungen müßten dabei auf beiden Seiten nicht von Fiktionen, sondern von Tatsachen ausgehen, und es ist leider eine Tatsache, daß unsere Gegner über eine beträchtliche militärische Ueberlegenheit verfügen.

Wilson sagt weiter, die Verbündeten würden keinen Waffenstillstand in Erwägung ziehen, solange die deutschen U-Boot grausame Versenkungen vornähmen, und die deutschen Truppen auf ihrem Rückzug alles rücksichtslos vernichteten. Das Ziel dieser Forderung ist nicht ganz klar. Denn mit dem Eintritt der Waffenruhe würden die Versenkungen ganz von selbst aufhören und die deutschen Truppen würden das besetzte Gebiet in aller Ordnung räumen. Die Beschwerden des Präsidenten Wilson erledigen sich also durch den Eintritt des Waffenstillstandes von selbst. Möglicherweise aber beabsichtigt der Präsident, Deutschland zur Einstellung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und zu neuen Instruktionen an die sich zurückziehenden Truppen zu veranlassen oder er wünschte eine Erklärung darüber, daß auch im Falle des Scheiterns der Verhandlungen und der Wiederaufnahme des Krieges Deutschland andere Regeln der Kriegsführung befolgen würde. Der Sinn seiner neuerlichen Beschwerde ist also nicht ganz klar. Ihre beste Erledigung wäre also jedenfalls in dem sofortigen Eintritt des Waffenstillstandes zu erblicken, worauf man ja über die Regeln der Kriegsführung nach etwaiger Aufnahme der Feindseligkeiten sprechen könnte. Wenn aber auf beiden Seiten der feste Wille besteht, durch diese Verhandlungen zum dauernden Frieden zu gelangen, dürfte die Erörterung künftiger Kriegsregeln gegenstandslos werden.

Schließlich macht der Präsident Wilson noch einmal auf einen bestimmten Punkt seines Friedensprogramms aufmerksam, den er für ausschlaggebend erachtet. In seiner Rede vom 11. Juli forderte er „die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht.“

Da die neue deutsche Regierung das Friedensprogramm Wilsons als Ganzes angenommen hat, kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich diese Annahme auch auf den von Wilson jetzt besonders hervorgehobenen Punkt bezieht. Er bezieht sich vollständig mit den Forderungen, die von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands schon lange vor dem Kriege und während des Krieges erhoben worden sind, und deren Ausführung sich jetzt im Zuge befindet. Dem Deutschen Reich wäre viel Bitteres erpart geblieben, wenn es die Forderungen seiner eigenen sozialdemokratischen Volksgenossen rechtzeitig erfüllt hätte, statt darauf zu warten, daß sie von seinen Gegnern im Kriege gestellt würden. Immerhin hat sich der Uebergang vom persönlichen Regiment zum System der Volksregierung noch ohne unmittelbaren feindseligen Druck vollziehen können. Noch ehe die neue Note Wilsons veröffentlicht worden war, hatte die engere Regierung beschlossen, dem Reichstag eine Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung in dem Sinne vorzuschlagen, daß eine Entscheidung über Krieg und Frieden nicht ohne die Zustimmung des deutschen Reichstages erfolgen darf.

Man kann einwerfen, daß eine solche Zustimmung des Reichstages an sich nur eine dekorative Bedeutung hat. Wenn die Dinge durch die auswärtige Politik der Regierung so weit gefördert sind, daß faktisch gar nichts anderes übrig bleibt als den Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen, dann steht der Reichstag unter dem Zwang, aus der vorausgegangen Regierungshandlungen die unausweichlich gewordenen Folgerungen zu ziehen. Entscheidend ist also nicht die formale Zustimmung des Parlaments, sondern die Frage, wer die Geschäfte des Reiches führt, bevor eine solche Zustimmung notwendig wird. Entscheidend ist also die Frage, wer die tatsächliche dauernde Regierungsgewalt in Händen hat. Diese darf sich aber nur in den Händen des Volkes befinden und von dessen erwählter Vertretung ausgeübt werden. Das ist jetzt der wirklich bestehende Zustand in der ganzen Welt. Es gibt Monarchien und Republiken, die Unterscheidung ist aber ganz unwesentlich geworden, da sich die Monarchie, wo sie noch besteht, längst auf ihr Altenteil zurückgezogen hat. Daß sich Deutschland diesen Weltzustand angeleiche, ist, wie gesagt, eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie, die jetzt zweifellos ihre Erfüllung finden wird. Die Anhänger des alten Systems sind vollkommen außerstande, diese Entwicklung aufzuhalten, sie können höchstens durch Trost und Eigensinn neues Unheil über das deutsche Volk heraufbeschwören, was letzten Endes nur dem

auch für sie persönlich zum aller schwersten Schaden ausschlagen würde.

Darum ist es notwendig, daß in diesem Punkte klare Bahn geschaffen wird. Die Beschränkung der Monarchie auf rein repräsentative Aufgaben, die Bildung der obersten Gewalt aus der gewählten Volksvertretung und die unbedingte Unterordnung aller Organe unter die demokratisch geordnete Staatsautorität sind die unerläßlichen Forderungen des Tages. Dies zu erkennen, haben wir deutschen Sozialdemokraten nicht erst den Präsidenten Wilson und die fürchterlichen Lehren dieses Krieges gebraucht. Schlimm für die andern, schlimm für das ganze Volk, daß die sozialdemokratische Erkenntnis nicht schon längst durchgedrungen ist. Nun dulden die Dinge keinen längeren Aufschub!

Entscheidung des Reichstages über Krieg und Frieden.

Aenderung des Art. 11 der Reichsverfassung.
Dem Reichstag ist folgende vom Bundesrat bereits beschlossene Vorlage zugegangen:

Zu Artikel 11 der Reichsverfassung werden im Abs. 2 hinter den Worten „des Bundesrats“ die Worte eingeschaltet:

„und des Reichstages“
sowie der Abs. 3 durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages.“

Dem Wortlaut des Entwurfs folgt diese Begründung:

Die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs, Bundesrat und Reichstag, sind nach den Vorschriften der Reichsverfassung zwar bei der Gesetzgebung in gleicher Weise zur Mitwirkung berufen (Art. 5 Abs. 1 der Reichsverfassung), nicht aber bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Daß der Reichstag auch bei diesen Entscheidungen zur vollen Mitwirkung gelangt, liegt in der Richtung der gegenwärtigen Neuordnung der verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland. Die Vertretung des deutschen Volkes muß nicht nur tatsächlich in der Lage, sondern auch verfassungsrechtlich berufen sein, an der Entscheidung über Krieg und Frieden unmittelbar teilzunehmen. Hierzu ist eine Aenderung des 2. und 3. Absatzes des Artikels 11 der Reichsverfassung erforderlich.

Nach Art. 11 Abs. 2 der Reichsverfassung ist zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

Der Reichstag ist nach bisherigem Rechte nur bei der Beschlußfassung über die Aufbringung der zur Kriegsführung erforderlichen Mittel in der Lage, die Auffassung zur Geltung zu bringen, wie der denkwürdige 4. August 1914 beweist. Darüber hinaus soll er in Zukunft gleich wie der Bundesrat in der Weise zur Mitwirkung berufen sein, daß ohne seine Zustimmung eine völkerrechtlich gültige Kriegserklärung nicht zustande kommen kann. Allerdings ist in den Zeiten zwischen den einzelnen Legislaturperioden kein Reichstag vorhanden; Gefahren für des Reiches Sicherheit können aber hieraus nicht entstehen, da Art. 11 Abs. 2 der Reichsverfassung im Falle eines Angriffs auf die Reichsgrenzen, der eine sofortige Entscheidung verlangen könnte, keine Anwendung findet.

Art. 11 Abs. 3 lautet folgendermaßen:

„Inwieweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrats und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erforderlich.“

Hier wird zwischen der Mitwirkung des Bundesrats und der des Reichstages ein Unterschied gemacht, der zu einer Fülle von Zweifeln und Streitigkeiten Veranlassung gegeben hat. Der Entwurf will diesen Unterschied beseitigen und zugleich bestimmen, daß jeder Vertrag, der sich auf einen Gegenstand der Reichsgesetzgebung bezieht, zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages bedarf. Hierbei werden die Friedensverträge besonders hervorgehoben, um den Geist zu kennzeichnen, in dem die Regelung erfolgen soll; auch sind Friedensverträge denkbar, die sich nicht auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 16. Oktober, abends. (Amtlich.)

Abendlich von Roedelius im Amfelle-Abchnitt bei Hanau, zwischen der Miere und der Maas und auf dem Hügel der Maas, jenseitigen feindlichen Angriffe. Die von französischen Flüchtlingen angeführte Stadt Douai liegt unter dauerndem Feuer schwerer englischer Artillerie. Der Feind beschloß gestern die von uns während des Krieges verlorenen Wallfahrtsstätte von Dieff-

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 16. Oktober. (Amtlich.)

Auf dem Sajo Fluß bereiteten unsere Sicherungstruppen einen italienischen Vorkrieg. In Serbien und Albanien vollziehen sich unsere Bewegungen und Maßnahmen ohne Einwirkung des Gegners.

Beschlagnahme der deutschen Schiffe in Spanien.

Dem „Temps“ wird von der spanischen Grenze gemeldet, die spanische Regierung habe beschlossen, deutsche Schiffe bis zu einer Gesamttonnage von 15 000 Tonnen zu beschlagnahmen. Der deutsche Botschafter wurde erzuht, selbst die zu beschlagnahmenden Schiffe zu bezeichnen. Sollte dies bis zum 15. Oktober abends nicht geschehen sein, würde die spanische Regierung selbst die Auswahl treffen. Havas meldet aus Madrid: Der spanische Ministerrat beschloß, alle deutschen Schiffe in spanischen Häfen bis höchstens 62 an der Zahl zu requirieren.

„Los von Oesterreich“!

In der am Mittwoch abgehaltenen ersten Sitzung der wieder-einberufenen österreichischen Delegation haben Vertreter aller nichtdeutschen Nationen nochmals ihre Loslösung vom Gesamtstaat Oesterreich ausgesprochen, obwohl die Tschechen wie die Südslawen als auch die Polen. Sie haben an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, endlich einmal den Weg zum Frieden zu öffnen, indem sie den Vertretern der Nationen, die sich zu nationalen Regierungen konstituieren wollen, die Freibeitigung und Durchführung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ermöglichen, und ob sie sofort alle slavischen Regimenter in ihre Heimat verziehen will.

Weiter meldet das „Berl. Tagebl.“, daß in Böhmen bereits an mehreren Orten und in verschiedenen Versammlungen die selbständige tschechische Republik proklamiert wurde. Ähnliche Vorgänge haben sich in dem Polenredier von Mährisch-Odrau abgespielt.

In der ungarischen Delegation erklärte Graf Karoly nach einer scharfen Kritik der bisherigen Nichtteilnahme der Delegation, daß seine Partei, die Unabhängigkeitspartei, aus der Delegation ausscheide. Für Mittwoch erwartete man von der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses die Proklamation der reinen Personalunion mit Oesterreich und gleichzeitig die Selbständigkeitserklärung der Kroaten.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Wien, daß Graf Burian nach seinem letzten Expose, das bekanntlich auf die Wilson's Antwort an Deutschland noch keine Rücksicht nahm, dem Kaiser seinen Rücktritt angeboten habe. — Die Antwort Wilsons an Oesterreich soll bereits in Wien eingetroffen sein.

Der Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Beterke ist vom Kaiser nicht angenommen worden.

Das bereits angekündigte Manifest Kaiser Karls über die Föderalisierung Oesterreichs wird heute erwartet. Den Nationen Oesterreichs soll, wie das „B. T.“ meldet, damit das Recht eingeräumt werden, sich in Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes in ihren Siedlungsgebieten als selbständige Staaten zu konstituieren, doch soll in im österreichischen Bundesstaate, der unter dem Szepter der Habsburger stehen soll, gewisse gemeinsame An gelegenheiten gemeinsam bleiben. Von der Bulowina wird nicht die Rede sein, da sie Gegenstand von Verhandlungen mit Ungarn sein soll. Wie verlautet, wird vorläufig an die Konstituierung von vier Staaten gedacht und zwar eines deutsch-österreichischen, eines tschechischen, eines illyrischen (der die slavischen Teile der Steiermark, Kriens und Dalmatiens umfassen soll) sowie eines ukrainischen Bundesstaates auf dem Gebiete Dnialzins. Die rumänische Frage und die Frage einer eventuellen Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroaten und Slawonien bleiben vorläufig in der Schwebe, da diese Fragen in einem wesentlichen Umfange die ungarischen Interessen berühren.

Ebenso wird von einer Regelung der polnischen Frage im Rahmen eines zukünftigen Bundesstaates abgesehen, da sich die Krone damit abzugeben hat, das polnische Gebiet Oesterreichs von dem Bestande des Hauses Habsburg-Lothringen abzugeben.

Man nimmt an, daß das Manifest des Kaisers in gewisser Uebereinstimmung mit der zu erwartenden Wilson'schen Note steht, und steht in dem Entschluß der Bekanntgabe dieses Manifestes in diesem Augenblick einen neuen Beweis dafür, daß die Krone über die Stellung der Washingtoner Regierung zum österreichischen Nationalitäten-Problem bereits unterrichtet sein dürfte.

Die Aufnahme der neuen Wilson-Note in den Ententeländern.

Nach Meldungen aus Paris wurde Wilsons Antwort in der Pariser Kammer vor Beginn der Sitzung bekannt. Sie rief das größte Interesse hervor. Die sozialistischen Abgeordneten machen einigen Pariser Blättern zum Vorwurf, daß sie zu große Forderungen stellen. Sie raten ihnen, die pazifistische Strömung in Deutschland nicht zu fördern. Der Sozialistenführer Sembard erklärt, daß Wilson fortfahren werde, wie er begonnen habe und Krieg mit seinem Gewissen zu Rate gehen würde. Deshalb, so sagt Sembard, sind wir beruhigt. Wilson befindet sich in Uebereinstimmung mit gewissen Politikern. Der radikale Führer und ehemalige Minister Steeg will zuerst die deutschen Gegenstände abwarten. Laßt uns nicht vergessen, schreibt er, daß für unsere Zwecke ausschlaggebend die Notwendigkeit ist. Mit diesem Standpunkte begann er den Krieg und damit wird er ihn beenden. — Der „Temps“ schreibt: Nur stehen wir in Erwartung der Antwort des deutschen Volkes, das selbst für den Frieden wirken muß; wenn dies nicht geschieht, dann wird der Friede nur durch unsere Waffen kommen.

Aus London wird gemeldet: Das englische Unterhaus trat zusammen. Die allgemeine Stimmung war gehoben. Lloyd George war nicht anwesend. Man stellte wieder Fragen über angeblich schlechte Behandlung von englischen Kriegsgefangenen. Came erklärte, daß, was die Türkei anbelange, Bedingungen über die Auslieferung der englischen Kriegsgefangenen in einem

unveräußerlichen Waffenstillstandsvertrag enthalten sein werden. Was die Zentralmächte anbelange, so habe man es nicht für erwünscht, die Bedingungen, unter denen ein Waffenstillstand möglich sei, zu besprechen. Weder militärische Operationen, erklärte Cawc, könne er jetzt keine Erklärungen abgeben.

In einer Rede in Manchester sagte Churchill: Wilsons Antwort wird in den verbündeten Ländern volle Zustimmung finden. Der wichtigste Punkt sei die Forderung gegenüber den Bürgerstaaten. Der einzige Weg sei, daß die Alliierten Bürgerstaaten haben müßten, die es den Deutschen unmöglich machten, den Kampf wieder aufzunehmen. Der erste Mann, der darüber zu Rate gezogen werden müßte, sei God. Auch zur See müßten die Verbündeten Bürgerstaaten erhalten. Hierüber müßte die englische Admiralität Rat erteilen. Ein weiterer Punkt sei die Einstellung der Grausamkeiten Deutschlands. Wir erstreben nicht den Untergang Deutschlands, aber die Deutschen müssen ihre Welt Herrschaft aufgeben. Vielleicht steht noch ein weiterer Kampf für die nächsten Monate bevor, der noch gewaltige Opfer kosten würde. Wenn das unabweisbar wäre, würde es besser sein, den Kampf sofort aufzugeben. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die Antwort Wilsons richtet sich nicht an die Regierung, sondern an das deutsche Volk. Wenn das deutsche Volk den Mut und den Unabhängigkeitsinn der deutschen Völker besitzt, wird es dies zeigen, indem es die regierenden Persönlichkeiten, die das Reich dem Untergang entgegenführen, beseitigt. Wenn es das nicht tut, muß man daraus schließen, daß es entweder nicht den Mut hat oder nicht den Willen besitzt, sich selbst von der Tyrannei zu befreien.

Bedingungslose Übergabe der Türkei gefordert.
Die Londoner „Evening News“ erfährt, daß die türkische Friebensnote von der amerikanischen Regierung der englischen Regierung übermitteln wurde. England werde bedingungslose Übergabe fordern, und man erwarte, daß die Türkei diese Forderung annehmen werde.

Die französische Zivilbevölkerung und ihr Abtransport.
Berlin, 16. Oktober. (Nachmittags.) Da sich in der Gegend von Cambrai und Douai schon wochenlang schwere Kämpfe abspielten, hat sich die Heeresleitung verpflichtet gesehen, die Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Cambrai und Douai sind bereits Anfang September, als englische Kanonen die Stadt zu beschließen begannen, geräumt worden. Die Abfuhr war eine sehr schwierige Sache, da vor allen Dingen die Ostausgänge der Stadt unter Feuer gehalten wurden. Man hatte die Bevölkerung durch öffentliche Anschläge mehrere Tage zuvor die Abfuhrung durch öffentliche Anschläge mehrere Tage zuvor die Abfuhrung bekannt gegeben. Darauf erfolgte die persönliche Aufforderung an die Familien, Besprechungen mit dem Bürgermeister, Ausgabe von Einteilungskarten an Familien, Einteilung in Kolonnen und die Verpflegungsausgabe für mehrere Tage. Außerhalb des Ortes wurden Sammelmplätze angelegt, und von der Militärbehörde Pferde, Wagen und Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die für die Zeit und Dauer des Abtransportes der Bevölkerung für Militärzwecke gesperrt waren. Die Kolonnen wurden von Begleitungsmannschaften übernommen, die sie auf beschleunigten Straßen nach Orten des Hinterlandes brachten, nach denen Quartiermacher vorausgeschickt waren. Man hatte dafür Sorge getragen, daß Familienangehörige beisammen blieben und es der Bevölkerung erlaubt, das Nötigste von ihrem Hab und Gut mitzunehmen. Sie machten davon auch ausgiebig Gebrauch und führten auf Karren und selbstgezeichneten Wagen und anderen Wagen alles Mögliche mit sich. Auf den Wasserstraßen wurden Kanäle transportierte mit Getreide, Kranke und Kranke, die den Anstrengungen des Jahres auf den Straßen nicht gewachsen waren. So wurden langsam auf Kanälen aus Douai 300 Kranke und Krüppelkinder und 250 Kranke Frauen aus Brunnhäusern und Hospitälern unter Aufsicht eines Arztes und mit Unterstützung der Sanitätsverwaltung nach den englischen Grenzorten in Sicherheit gebracht.

Frankzösische Arbeiterkundgebungen gegen die Friedensverhandlungen.
Der Genfer „Proletaire“ meldet, daß die französischen Arbeiterverbände große Kundgebungen dagegen vorbereiten, daß Wilsons Friedensabsichten durch die Ententeregierungen verhindert werden.

Der Prozeß gegen Caillaux.
Paris, 16. Oktober. (Morgens.) Der Ministerrat gab einen Erlass heraus, in dem er dem Obersten Gerichtshof auf den 20. Oktober einberufen, um über die Anklage gegen die Sicherheit des Staates und die damit zusammenhängenden Handlungen, die in der Anklage gegen Caillaux, Poincaré und Combes wiedergelegt sind, zu Gericht zu sitzen.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.
Fortsetzung.
Reisner ergriff keine Hand und brühte sie so stark, als wollte er sie zerquetschen. „Ich danke Ihnen“, sagte er mit erstickter Stimme, „ich danke Ihnen im Namen — des anderen!“
Sie schüttelten wieder.
Nach einer längeren Pause fragte dann Reisner: „Was werden Sie tun?“
„Ich werde abreißen“, antwortete Herr von Nebenau, „nach Hause, und ohne ihr etwas zu sagen... Sie bleiben noch hier?“
„Wissen Sie“, sagte Herr von Nebenau und blühte dem anderen ins Gesicht, „manchmal will es mir fast scheinen, als ob Sie sie liebten!“
In Reisners Antlitz bewegte sich keine Muskel. „Ja? Wie können Sie darauf?“
„Die Art, wie Sie mich haßten...“
Reisner lächelte amlos. „Ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich diese Frau noch nie in meinem Leben gesehen habe. Erst vor zwei Tagen — als ich hierher kam — sah ich sie — zum ersten Male... Und da war ich mir sofort über eines klar!“
„Über was?“
„Über das, daß ich sie haßte“, antwortete Reisner, „für ihn haßte, den anderen, der sie haßt!“
„Sie ist sehr schön“, sagte Herr von Nebenau wie im Traum. „Aber nicht nur das, Sie hat etwas, das...“
„Ja, tief Reisner aus, und dieses ist es, das ich haße, dieses etwas, das was Männer verdorrt!“ Er wühlte den Kopf in die Hände und brühte vor sich hin. „Und mich hat es ja verdorrt“, sagte er, wie zu sich selber sprechend, „hätte mich und viele andere.“
„Sie haben sehr Schweres erlebt?“ fragte Herr von Nebenau.
„Ja, war im Gefängnis“, antwortete Reisner, „vier Jahre...“
„Wegen verurteilten Totschlags“, — fragte sie nicht so?
„Dafür, daß ich die Hand gegen einen erhob, den eine andere erschlagen wollte!“ Er schwing plötzlich und schüttelte mit einer singenden Bewegung alle früheren Erinnerungen von sich ab. Er wand auf: „Wir wollen gehen, es wird Zeit!“
„Wir wollen uns verabschieden“, verabschiedete Herr von Nebenau.
„Wenden Sie sich heute um?“
„In einer Stunde.“
„Geben Sie mir Ihre Hand! Sie sind böse! Ich werde mit Ihnen gehen!“

Lenin abermals verwundet. — Die „Ezzarin“ gefolter?
Der Sonderberichter der „Leipziger Abendzeitung“ in New Draht, daß in Rußland ein neues Attentat auf Lenin verübt wurde. Der Täter ist der der Racheliga von Wittebel angehörige Registrator des Informationsbureaus der Sowjetpresse, Dnabiski, der Lenin durch einen Revolverbeschuss an der Schulter verwundete. Er wurde verhaftet.
Nachrichten aus Station zufolge konnte die holländische Regierung auf Anfragen, wo die Jarenfamilie sich befindet, keine Auskunft erteilen. Man schließt daraus, daß die Jaren und ihre Töchter getötet worden seien.

Großfürst Michael auf einem Fluchtweg erschossen.
Moskauer Berichten zufolge wurde der Großfürst Michael Alexandrowitsch, der Bruder des Jaren Nikolaus, mit seinem Sekretär am 12. September bei Uchusow im Gouvernement Perm von Rotgardisten verhaftet. Die letzte Tage vor der Südfront eingelaufenen Nachrichten besagen, daß der Großfürst und sein Sekretär bei einem Fluchtweg von der Bewachungsmannschaft erschossen worden seien.

Der Krieg auf den Meeren.
Berlin, 16. Oktober. (Nachmittags.) Im Atlantischen Ozean vertrieben unsere U-Boote 41 000 Brutto-Registertonnen Handelsflottenraum, darunter mehrere Landdampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Kaiserliche Verordnung über die Abänderung des Belagerungsgesetzes.
Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht Mittwoch die nachstehende kaiserliche Verordnung: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 1932):
1. § 1 erhält folgenden Absatz 2:
Der Obermilitärbefehlshaber kann Anordnungen mit verbindlicher Kraft für die Militärbehörden erlassen.
2. Es wird folgender § 3 hinzugefügt:
Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichsanzeiger oder dem von diesem bestellten Vertreter.
Urkundlich unter unserer höchstpersönlichen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichem Insigne.
Gegeben Großes Hauptquartier, den 15. Oktober 1918.
Siegel. Wilhelm. Max, Prinz von Baden.“

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ferner eine an den Reichsanzeiger und den Kriegsminister gerichtete Allerhöchste Order, in der bestimmt ist, daß die Militärbehörden die Befugnisse, die ihnen auf Grund des in der Verordnung vom 31. Juli 1914 erklärten Kriegszustandes zusteht, nur im Einverständnis mit den von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Kommt ein Einverständnis zwischen den Militärbehörden und der Verwaltungsbehörde nicht zustande, so ist unzulässig die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuziehen. Mit der kaiserlichen Verordnung und dieser Allerhöchsten Order ist die Grundlage geschaffen, daß alle auf Grund des Belagerungszustandes ergebenden Anordnungen der Militärbehörden nur in Übereinstimmung mit den zuständigen zivilen Verwaltungsstellen ergehen können und daß sie letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichsanzeigers gestellt werden. — Die Wünsche des Volkes sind damit nicht erfüllt.

Streikentworfungen der Unabhängigen.
an denen sich nach Meldungen bürgerlicher Blätter ungefähr 700 Personen beteiligten, fanden Mittwoch nachmittags vor dem Reichstagsgebäude in Berlin statt. Später gingen die Teilnehmer durch das Brandenburger Tor nach den Linden. Die Polizei griff mit blanker Waffe ein und nahm Verhaftungen vor. Die Vaterlandsparteiler konnten dieser Lage in nächster Nähe des Reichstagsgebäudes von der Polizei ganz ungestört manifestieren.

Man schreit danach noch immer an der unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen politischen Richtungen festzuhalten. So man denn nichts gelernt?!

Eine Kommission für die Demobilisierung der Arbeiter und des Heeres.
Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, ist im Reichswirtschaftsrat eine besondere Kommission geschaffen, welche Mitglieder sämtlicher Reichsressorts, der Militärbehörden und der Bundesstaatlichen Behörden angehören, ferner einige Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aufgabe dieser Kommission ist, mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsrats in den Fragen der Demobilisierung der Arbeiter zu beraten und alle langwierigen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden auszuschießen. Von dieser Kommission soll auch festgestellt werden, in welcher Reihenfolge die Entlassungen aus dem Heere zu erfolgen haben unter Berücksichtigung der Wohnverhältnisse, der Beschäftigungsmöglichkeiten, der Wohnungsverhältnisse und der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Kurt Eisner aus der Haft entlassen.
Kurt Eisner, der während des Januarstreiks in Haft genommen wurde und der nach Leipzig übergeführt worden sollte, ist jetzt aus der Haft entlassen worden.

Ungeordnete Tagung des bayerischen Landtags.
In der gestrigen Eröffnungssitzung der außerordentlichen Tagung der bayerischen Kammer gab Ministerpräsident von Dandl längere Erklärungen über die äußere und innere Lage ab. Schließlich kündigte der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf über die Neugestaltung der Reichsratskammer an und erklärte die Bereitwilligkeit der bayerischen Regierung, mit den Kammern zu erörtern, in welcher Weise unter Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse die Mitglieder der Volkswahlvertretung zu den Regierungsgeschäften herangezogen werden könnten.

Auch wir sind Deutsche!

Ein Bekenntnis der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten.
Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt einen Aufsatz über das alte und das neue Deutschland mit diesem Bekenntnis:
Wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich haben die verhängnisvolle Politik des deutschen Imperialismus leidenschaftlich bekämpft. Wir haben nicht aus Gleichgültigkeit für das Schicksal des deutschen Volkes, sondern aus ernster Sorge um unser Volk jene Politik herrschaftstüchtigen Vorkämpfern bekämpft, die jetzt, wie wir es vorausgesehen haben, das deutsche Volk ins Unheil geführt hat. Aber so leidenschaftlich wir den deutschen Imperialismus bekämpft haben in den Tagen seines Sieges, so tief fühlen wir heute mit unserem deutschen Volk in den Tagen seiner Unglücks. Deutscher denn je fühlen wir es heute, daß wir Körnchen vom großen Stein sind, der die deutsche Nation heute auf den Abgrund hinabstürzt. Aber so sehr wir heute die ganze Größe des Unheils fühlen, das unser deutsches Volk jetzt betroffen hat, so wenig sind wir darum kleinmütig. Denn gerade die Demütigung des Augenblicks kann zur Uelevation der stolzen Erhebung in der Zukunft werden! Denn das deutsche Volk erkennt heute die große Lehre der kurzbarren Erfahrung. Es schüttelt heute die Herrschaft jener Anführer ab, die es ins Unheil gestürzt haben. Es befreit sich heute von den trügerischen Idealen imperialistischen Herrschaftstüchtigen. Es beginnt, sein Schicksal in seine eigene Hand zu nehmen. So wird es ein anderes Deutschland haben, ein Deutschland, das vielleicht weniger Quadratmeter zählen wird als das alte, das keine Polen und keine Franzosen mehr beherrschen wird, das aber sein Volk von Junkern und Schloßbaronen, frei vom Militarismus und Kapitalismus — jenes Deutschland, das, in einer Stunde viel tieferer Erniedrigung, der große Rißte geträumt hat: das Deutschland der Freiheit, gegründet auf Gleichheit aller, dessen, was Menschenwürde trägt! Das alte Deutschland, das heute bestiegt ist, haben wir bekämpft; nach dem neuen Deutschland, das heute wird, steht uns die Sehnsucht. Denn auch wir sind Deutsche!

Damit ist nicht nur in schönen Worten ein starkes, ursprüngliches Gefühl ausgedrückt, sondern vielleicht auch eine politische Wendung eingeleitet. Die Anhänger der unmoralischen Eroberungen haben solange über „moralische Eroberungen“ geshwätzt. Uns will scheinen, das neue Deutschland hat da einen ganz schönen Anfang gemacht, der es ermutigen sollte, auf der betretenen Bahn der moralischen Eroberungen fortzuschreiten.

Gleich der Vorjahre hält der Senat es für erforderlich, den ständigen Angestellten (Hilfsarbeitern), soweit sie mindestens 25 Monate ununterbrochen im Staatsdienste gestanden haben, ebenfalls eine einmalige Teuerungszulage zu bewilligen, und zwar, soweit sie verheiratet sind, 50 Prozent, soweit sie unverheiratet sind, 25 Prozent der für die verheirateten ständigen Angestellten geltenden Sätze.

Als Stichtag für das Vorliegen der Voraussetzungen für die Bewilligung der Zulage ist hier der 16. Oktober d. J. in Aussicht genommen.

Der Senat beantragte diese Summen. Der Bürgerausschuss bewilligte sie. Zugleich gelangte ein von Löwig gestelltes Ersuchen zur Annahme, durch welches der Senat aufgefordert wird, zu erwägen, ob nicht den Hilfsarbeitern die gleiche einmalige Teuerungszulage wie den Beamten gewährt werden solle.

Bestattung von Kriegsteilnehmern. Der Bürgerausschuss hat in seiner Versammlung vom 16. Mai 1917 an den Senat das Ersuchen gerichtet, die Frage zu prüfen, in welcher Weise der Ehrenhain für die Bestattung von Kriegsteilnehmern benützt werden soll.

Der Bürgerausschuss genehmigte resp. befristete gestern folgende Anträge des Senates: Gleiserweiterung am Geniner Ufer. (Kosten 30 000 Mk.) Beleuchtungsanlage in der 5. St. Vorschule. (4450 Mk.) Verkauf einer Landfläche in Moisling.

Die 1. Kleinfinderschule. Glockengießerstraße 18, muß wegen der Grippe bis nächsten Mittwoch geschlossen bleiben.

Theater und Musik.

Stadttheater. "Maria Magdalena", ein bürgerliches Trauerspiel von Friedr. Hebbel. Man könnte dieses düstere aber packende Stück als die Tragödie des überspannten Ehrgefühls bezeichnen.

Kriegsbeschädigte im Soldatendienst. Bis Ende Juli waren bei der Deutschen Reichspost 14 380 Kriegsbeschädigte dauernd angestellt.

ten über 4500 Kriegsbeschädigte vorübergehend im Post- und Telegraphendienst, so daß sich die Gesamtzahl der bei der Post tätigen Kriegsbeschädigten auf rund 19 000 beläuft.

Aus dem Gerichtssaal.

Schmiergelber-Prozess. In Frankfurt a. M. begann beim Oberkriegsgericht des Stellvertreter des 18. Armee-Korps die Verhandlung gegen eine große Anzahl von früher zum Pionier-Heerespart in Mainz gehörenden Unteroffizieren und Mannschaften.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Oktober. Die Antwort des Reichspräsidenten Wilson auf die zweite deutsche Note bildete während des gestrigen Tages den Gegenstand von Besprechungen und Beratungen der Regierung und auch der Parlamentarier.

Friedensbedingungen in Frankreich. Genf, 17. Oktober. In Lyon und Marseille sowie in anderen Städten Südfrankreichs fanden am letzten Sonntag Friedenskundgebungen statt.

Berantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig.

Bekanntmachung

über die Abnahme von Bucheckern. Bei der öffentlichen Abnahmestelle für Bucheckern, der Firma Knapp & Petersen Nachf., Untertrave 101/102, werden Bucheckern angenommen von 9 bis 11 1/2 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags.

Bekanntmachung.

Alle Personen der inneren Stadt und der Vorstädte, Bezugsnummern 1-87, die in der Zeit vom 11. bis 18. Oktober ihre Lebensmittellisten, Wochenscheine und Fleischscheine in der Börse nicht eingekauft haben, erhalten solche am Sonntag, dem 19. Oktober, von 9-1 Uhr und 3-6 Uhr in der Börse am Markt gegen eine Gebühr von 50 Pfg. für jede Person des betr. Haushalts.

Anmeldung des Bezugsrechts!

Die Anmeldung des Bezugsrechts für das Lebensmittellistenheft muß in der Zeit bis zum 21. Oktober 1918 erfolgen.

Bilderleisten

Martin Brandes, Oscar Tauchnitz, Glasbandig, Fleischhauerstr. 33, Fernruf 2509

Nachruf.

Ein weiteres Opfer des Weltkrieges wurde unser lieber Kollege 5071 Heinrich Burmeister. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, meines einzigen Sohnes liebevolle Mutter (5085) Elise Buck geb. Wendt nach dreitägiger schwerer Krankheit an Lungenerkrankung im Alter von 36 Jahren sanft entschlafen ist.

Maurer und Bauarbeiter stellt sofort ein (5079) Aug. Fasel, Baugeschäft, Travelpmannstr. 11, pt. Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (5074) Otto Albers Markt 4, Kohlmarkt 10. Mügl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Danksagung.

Für die Beileidsbezeugungen und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, insbesondere Herrn Hauptpastor Stücklen für die trostreichen Worte meinen innigsten Dank Heinrich Kröger. (5070) Schützenstr. 52b.

Tischler

Flugzeugbau Friedrichshafen, G. m. b. H., Werk Warnemünde. (5076) werden dauernd eingeseht von

Konjunkturverein für Lübeck u. Umgeg.

An die rechtzeitige Anmeldung der neuen Lebensmittellistenhefte während der vorgeschriebenen Zeit vom 16. bis 21. Oktober erinnern wir hierdurch unsere werthen Mitglieder. Wichtig! Die Anmeldung kann nur erfolgen, wenn die Lebensmittellistenhefte mit der Angabe des Namens und der Wohnung des Inhabers versehen sind.

Blotwagen, Leiter- u. Wirtschaftswagen, extra stark, bis 8 Ztr. Tragf., gr. Ausw., bill. Preise. C. Bliessath Wwe., Carl Landwehr.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Unsere Versammlung kann erst Dienstag, 22. Okt., stattfinden. Der Vorstand. (5088)

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, 19. Oktober abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Jahannisstraße 30-32 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Bericht von der Bezirkskonferenz. 4. Bericht der Lohnkommission.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. Donnerstag, den 17. Oktober Die Kreuzelschreiber. Bauernkomödie in 3 Akten von Anzengruber. Freitag, den 18. Oktober Othello. Oper in 4 Akten von Verdi. Sonntag, den 20. Oktober Othello. Oper in 4 Akten von Verdi.